

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

VG „Westerwald-Obereichsfeld“
Der Gemeinschaftsvorsitzende
Neue Straße 16
37359 Küllstedt

Kämmerei/Kasse/Steuerverwaltung
Telefon 036075 / 683-14
Fax 036075 / 683-40
E-Mail kasse@westerwald-obereichsfeld.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landkreis Eichsfeld
An den Datenschutzbeauftragten
Friedensplatz 8
37308 Heilbad Heiligenstadt

Telefon 03606 / 650 1060
Fax 03606 / 650 9000
E-Mail datenschutz@kreis-eic.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

Erstellen von Steuerbescheiden (Grund-, Hunde-, Gewerbesteuerbescheide), Verwaltung der Kassenbücher, Abwicklung des Zahlungsverkehrs der VG und Mitgliedsgemeinden, Mahnungs- und Vollstreckungsangelegenheiten, Forderungsanmeldung für Insolvenzverfahren und Zwangsversteigerungen, Erschließungsbeiträge, Erteilung Einzugsermächtigungen, Abwicklung von Schadensfällen (Versicherungsfälle)

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt, je nach Zweck, auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a), b) bzw. c) Datenschutzgrundverordnung sowie §§ 16, 17 Thüringer Datenschutzgesetz i. V. m.:
Grundsteuergesetz, Abgabenordnung, Grund-, Hunde- und Gewerbesteuersatzungen der Gemeinden, Kassenordnung, Thüringer Kommunalabgabengesetz, Erschließungsbeitragssatzungen, Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz, Insolvenzordnung

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern, wenn für die Zweckerfüllung erforderlich:

Innerhalb des Verantwortlichen:
Zuständige Beschäftigte des Verantwortlichen, zzgl. deren Stellvertreter.

Auftragsverarbeiter:
Softwareanbieter zur Datenverarbeitung, Unternehmen zur Datenträgervernichtung.

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):
Bundeszentralamt für Steuern, Zuständiges Finanzamt, Vollstreckungsbehörden (Amtsgerichte, Gerichtsvollzieher, Finanzverwaltung des Landkreises), Insolvenzverwalter, Bauamt/Liegenschaften, Versicherungsunternehmen, Zwangsversteigerungen werden der Öffentlichkeit via Aushang bekanntgegeben, Beschlüsse in Insolvenzverfahren sind der Öffentlichkeit zugänglich

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

☐ ja ☒ nein

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

Nach Abschluss der Sachbearbeitung werden Ihre personenbezogenen Daten folgendermaßen aufbewahrt:

Vollstreckungstitel und Erschließungsbeitragsbescheide: 30 Jahre, Steuerbescheide: 10 Jahre, Einzugsermächtigungen: 6 Jahre, Mahnungen/Forderungsanmeldungen/Amtshilfeersuchen: 10 Jahre, Rechnungen mit dazugehörigen Zahlungsanordnungen: 10 Jahre

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DS-GVO).

Sie haben das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO

☒ Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht bezüglich dem Zweck -Erteilung Einzugsermächtigungen- auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO). Daher haben Sie das Recht, diese Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die

Informationsblatt nach Art. 13 DS-GVO

Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Der Widerruf kann auch mündlich oder per E-Mail erfolgen. Gegebenenfalls müssen Sie Ihre Identität nachweisen. Ab Zugang Ihrer Erklärung dürfen Ihre Daten nicht weiter verarbeitet werden. Sie sind unverzüglich zu löschen. Die bisherige Verarbeitung bleibt jedoch hiervon unberührt (**Widerrufsrecht**).

Sie können nicht gezwungen oder gedrängt werden, Ihre Einwilligung zu erklären oder aufrecht zu erhalten (**Freiwilligkeit der Einwilligung**).

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der

Landesbeauftragte für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt
www.tfdi.de

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten dient der Erfüllung einer rechtlichen oder vertraglichen Grundlage bzw. einer Ermächtigung mit Einwilligung (siehe Ziff. 4).

Die Folgen ihrer Nichtbereitstellung bei gesetzlichen oder vertraglichen Grundlagen sind:
Anträge könnten nicht oder nicht zeitnahe bearbeitet werden. Rechtliche oder vertragliche Ansprüche könnten nicht erfüllt werden.

Die Folgen ihrer Nichtbereitstellung bei Einwilligung in die Verarbeitung dürfen sich nicht negativ auswirken.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO:

☐ja ☒nein

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden:

☐ja ☒nein